

Ziele der Bundesregierung

Astrid Klug
Parlamentarische Staatssekretärin im
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Berlin, 19. September 2006

Anrede,

zunächst einmal herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Veranstaltung. Ich freue mich, Ihnen heute die Ziele der Bundesregierung im Bereich der internationalen Chemikaliensicherheit vorzustellen.

In der Öffentlichkeit und Politik wird immer wieder die Globalisierung thematisiert. Die Welt wird in diesem Zusammenhang oftmals als globales Dorf beschrieben. Wenn wir von dem globalen Dorf sprechen, müssen wir uns klar machen, dass sich damit auch die Grenzen der Verantwortung und Verpflichtungen jedes Einzelnen erheblich ausdehnen, auch wenn die Grenzen des „Dorfes“ nicht mehr für jedermann in Sichtweite sind.

Die Bundesregierung ist sich ihrer eigenen, originären Verantwortung und der globalen Herausforderungen im Umweltschutz bewusst. Die Große Koalition hat in ihrer Koalitionsvereinbarung die **nachhaltige Entwicklung** zum Leitbild ihrer Umweltpolitik gemacht – und das auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Damit zeigen wir, dass wir die Ziele der Agenda 21 der Weltkonferenz von Rio de Janeiro aus dem Jahr 1992 und die des Weltgipfels von Johannesburg, 2002, ernst nehmen.

Einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung kann dabei insbesondere der Chemikaliensektor leisten. Es wird mit über 100.000 chemischen Stoffen gehandelt, die uns als Bestandteil von täglich millionenfach verwendeten Produkten im Alltag in den verschiedensten Lebensbereichen begegnen. Von diesen Stoffen

gehen mitunter Risiken für die menschliche Gesundheit und Umwelt aus. Wir im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit fördern daher den Ansatz der Nachhaltigen Chemie.

Die **Nachhaltige Chemie** setzt auf die Entwicklung umweltverträglicher Stoffe und Materialien. Sie sollen und müssen chemische Stoffe ersetzen, die auf Mensch und Umwelt schädliche Wirkungen haben. Gleichzeitig können durch neue innovative Stoffe Ressourcen in Form von Energie und Materialien eingespart werden.

Innovationen in der Chemie sind nicht nur gleichbedeutend mit ökologischen Vorteilen. Wir sind davon überzeugt, dass Innovationen zugleich einen entscheidenden Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben und demzufolge auch die Beschäftigungssituation am Arbeitsmarkt bestimmen. Denn wirtschaftliche Erfolge lassen sich langfristig nur einstellen, wenn Produkte, Verfahren und Techniken für den Mensch und die Umwelt sicher sind. Innovative Stoffe und Produktionsverfahren führen neben Entlastungspotenzialen für die Umwelt infolge der Ressourcenschonung- und – einsparung bei den Unternehmen auch zu Kostenersparnissen und damit zu größerer Wettbewerbsfähigkeit. Zahlen belegen, dass 40 % der Kosten im produzierenden Gewerbe in Deutschland die Materialkosten einnehmen. Die Ressourceneffizienz und – einsparung durch neue umweltverträglichere chemische Stoffe und Materialien bildet damit auch für die chemische Industrie einen zentralen Wettbewerbsfaktor.

Gerade Deutschland ist als einer der weltweit führenden Chemiestandorte bei der permanenten Entwicklung von Innovationen in der Chemiebranche gefordert. Die deutsche Chemieindustrie nimmt – hinter China - weltweit aktuell den vierten Platz ein und konnte im vergangenen Jahr mit einem Zuwachs von 7,5 % seit 15 Jahren das höchste Produktionswachstum verzeichnen. Anders als noch vor einigen Jahren sieht die deutsche Chemieindustrie inzwischen selbst vermehrt die Chancen, die aus der Entwicklung neuartiger Stoffe und Technologien entstehen und ist damit für die Politik zu einem engagierten Partner geworden. Kraft dieser Innovationen kann Deutschland weltweit in der Chemiebranche eine Vorreiterrolle einnehmen.

Welche Tragweite politische Rahmen- und Regulierungsvorgaben haben können, wird an der derzeitigen Entwicklung des Europäischen Chemikalienrechts deutlich. Im Chemikaliensektor führt dieser Tage kein Weg an der künftigen REACH-Verordnung vorbei, ist sie momentan eines der bestimmenden Themen. **REACH** steht dabei für die Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien. Alle Stoffe, von denen ein Unternehmen eine bestimmte Menge produziert oder importiert, müssen zukünftig registriert werden. Hierzu muss das Unternehmen der künftigen Chemikalienagentur bestimmte stoffbezogene Informationen sowie eine Risikoabschätzung vorlegen. Ziel von REACH ist, zum Schutze vornehmlich des Verbrauchers, zuverlässige Informationen über die Risiken und den sicheren Umgang mit Chemikalien transparent und verfügbar zu machen.

Wir halten REACH für einen grundlegenden Schritt zur Verbesserung der Chemikaliensicherheit und das weltweit. Das mag auf den ersten Blick verwundern, handelt es sich bei REACH doch um eine künftige Verordnung der EU. REACH wird jedoch Auswirkungen auch auf Drittstaaten außerhalb der EU haben. Denn die Verordnung stellt Chemikalienimporte in die EU durch Unternehmen aus Drittstaaten ebenso unter sein Regime wie die Herstellung und Importe in der EU selbst. Wir hoffen, dass die Regelungen von REACH im Interesse der globalen Chemikaliensicherheit noch auf andere Weise in die Welt ausstrahlen werden. Wir denken, dass REACH einen Vorbildcharakter für ähnliche Modelle auch in anderen Regionen der Welt haben kann. Denn Länder und Unternehmen, die mit umweltpolitisch stark regulierten Staaten handeln, tendieren dazu, auch selbst stärker zu regulieren. Damit könnte REACH global einen umweltpolitischen Anpassungsprozess bewirken. Europa kommt somit als zweitwichtigster Chemieregion der Welt und entscheidender Motor eine zentrale Rolle in der internationalen Chemikaliensicherheit zu.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Kapitel 19 der Agenda 21 von Rio wurde der Grundstein für ein weltweites Chemikalienmanagement gesetzt. Das darin erklärte Ziel des Folgeprozesses Weltgipfel Johannesburg 2002 ist, bis 2020 Chemikalien so anzuwenden und zu

produzieren, dass negative Auswirkungen auf die Umwelt und Gesundheit des Menschen ausgeschlossen bzw. weitgehend minimiert werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde auf einer Internationalen Konferenz in Dubai im Februar die Grundlage für ein weltweites Chemikalienmanagement beschlossen. Der Beschluss enthält einen Strategischen Ansatz für ein Internationales Chemikalienmanagement (abgekürzt **SAICM**). Der Strategische Ansatz sieht in einer Art Projektplanung eine übergreifende Strategie nach Maßgabe des Vorsorgeprinzips vor, um die von Chemikalien ausgehenden Gefahren systematisch ermitteln und Maßnahmen zu ihrer Verminderung ergreifen zu können. Dazu sollen insbesondere in den Entwicklungsstaaten die dafür erforderlichen Strukturen geschaffen werden (Kapazitätsaufbau).

Sehr bedeutsam für die weltweite Chemikaliensicherheit ist das Inkrafttreten zweier völkerrechtlicher Übereinkommen, das Rotterdamer Übereinkommen zum internationalen Handel mit bestimmten gefährlichen Stoffen (PIC) und das Übereinkommen von Stockholm zu persistenten organischen Stoffen (**POPs**). Dies zeigt sich an dem weltweiten Zuspruch durch jeweils 50 neue Vertragsparteien im vergangenen Jahr.

Bei dem Verbot des „dreckigen Dutzend“ muss es im Rahmen unserer EU-Präsidentschaft 2007 und längerfristig darum gehen, dass in den kommenden Jahren weitere Stoffe mit POPs Eigenschaften dem Übereinkommen hinzugefügt werden. Gleichzeitig wollen wir die Implementierung voranbringen. Deshalb hat Deutschland als der erste europäische Staat seinen Nationalen Implementierungsplan im Mai der Staatengemeinschaft vorgelegt.

Wir wollen unsere Aktivitäten auf europäischer und internationaler Ebene fortführen. Gleichzeitig sind uns ausgewählte bilaterale Beziehungen im Bereich der Chemikaliensicherheit wichtig. Um die Zusammenarbeit zu vertiefen fand unter meiner Leitung im Juli ein erstes **Chinesisch-Deutsches Fachsymposium** Chemikalien- und Anlagensicherheit statt. Als erste strategische Maßnahme habe ich mit meinen chinesischen Kollegen eine Arbeitsgruppe gegründet. Die künftige Zusammenarbeit soll in Form konkreter Projekte, die derzeit von Sachverständigen definiert werden, unter Beteiligung der deutschen Wirtschaft erfolgen. Sie umfassen

die Gesetzgebung im Bereich Chemikalienmanagement, die Haftung für Umweltschäden, Mechanismen zur Risikoeinschätzung von Chemikalien, Präventionsmaßnahmen zu Chemieunfällen auch durch die Industrie sowie die umweltgerechte Entsorgung von Chemikalien, Prüfmethode von Chemikalien bis hin zur Sanierung von Altlasten. Wir sehen die Chance, nicht nur zur Verbesserung der Umweltsituation in China im Chemikalienbereich beizutragen, sondern dadurch wirtschaftspolitische Impulse für deutsche Unternehmen auszulösen bzw. wo bereits vorhanden, zu vertiefen. Die VR China hat nach aktuellen Zahlen Deutschland als drittgrößten Chemieproduzenten der Welt abgelöst. Angesichts dieser Situation können wir die deutsche Wettbewerbsfähigkeit in diesem Bereich nur über eine enge Kooperation sichern. Gute Projekte, ggf. mit Anschlussaufträgen für die deutsche Wirtschaft, machen diese Zusammenarbeit auch unter den Gesichtspunkten Innovation und Beschäftigung attraktiv.

Innovationen für die Umwelt nutzen und Risiken beherrschen, das ist eine Herausforderung, die wir mit dem nationalen, aber inzwischen auch schon internationalen Zukunftsthema **Nanotechnologie** verbinden. Hier sind wir auf Ihre Unterstützung und Expertise angewiesen. Es ist dem BMU gelungen, sich national für die öffentliche Kommunikation dieses Themas zu empfehlen. Gestern fand daher der zweite BMU-Dialog auf Einladung des Bundesumweltministers zu Nanomaterialien statt. Schon jetzt freuen wir uns auf die gemeinsame Veranstaltung mit Ihnen zur Vorstellung der Nano- Forschungsstrategie der Behörden in unserem Haus am 30. November.

Abschließender Dank an das BfR als Gastgeber, sowie das UBA und die anderen Bundesoberbehörden, die das BMU bei seiner Arbeit im Bereich Chemikaliensicherheit tatkräftig unterstützen.

Ich möchte die aktive Mitarbeit aller Kollegen in diesen Behörden nicht missen. Nur durch diese wertvolle Zuarbeit kann das BMU seinen Aufgaben in dieser positiven/aktiven Vorreiterrolle nachkommen.